

Stellungnahme GAS CONNECT AUSTRIA GmbH:
**Konsultationsunterlage „Konzept zur Weiterentwicklung des
Bilanzierungsmodells für den österreichischen Gasmarkt“**

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zum Konsultationsentwurf der E-Control zum Thema „Konzept zur Weiterentwicklung des Bilanzierungsmodells für den österreichischen Gasmarkt“ Stellung nehmen zu können und teilen dazu wie folgt mit:

1 EINLEITUNG

Grundsätzlich teilen wir die Meinung mangelnder NC-Kompatibilität nicht und halten das aktuelle Marktmodell für ein gut eingeführtes, angewandtes, mittlerweile bestens bewährtes und den Gasmarkt bzw. den Großhandelsplatz Österreich sehr gut unterstützendes Modell. Österreich befindet sich mit diesem im Jahr 2013 eingeführten Modell europaweit (noch immer) im Spitzefeld der entwickeltsten Marktmodelle.

Die Form der Konsultation mit Beantwortung konkreter Fragestellungen ist in unserem Fall leider nicht so einfach darstellbar, da viele der Fragestellungen nicht unmittelbar an uns als TSO/DSO/Dienstleister adressiert sind. Nichtsdestotrotz haben Änderungen des Bilanzierungsmodells erhebliche Auswirkungen auf Gas Connect Austria als Systemoperator in den unterschiedlichen Markttrollen.

Aus diesem Grund erlauben wir uns, eine generelle Stellungnahme abzugeben und auf die Fragen nur soweit direkt einzugehen, als wir hier direkt etwas beitragen können.

1.1 UMSETZUNGSZEITRAUM

Abseits der vorgestellten inhaltlichen Änderungen ist im Dokument kein Hinweis auf eine zeitliche Umsetzungs Komponente im Konsultationspapier enthalten. Wir merken an bzw. empfehlen aufgrund unserer bisherigen Erfahrungen, dass derart massive Änderungen des Marktmodells **ausreichend langer Vorlaufzeiten zur erfolgreichen Implementierung** bedürfen. Wir gehen davon aus, dass die u.E. damit im Zusammenhang stehende gesetzliche Bestimmung §170a GWG und die darin enthaltenen zeitlichen Vorgaben, anzuwenden sind. **D.h. dass eine Umsetzung eines neuen Bilanzierungsregimes frühestens mit 30.9.2021 und spätestens mit 30.9.2023 erfolgen darf.**

In unseren unterschiedlichen Systemrollen sind wir zudem mehrfach von diesen Neuerungen betroffen. Mit den zur Verfügung stehenden Informationen und in der Kürze der Zeit war es nicht möglich den Umsetzungsaufwand, der maßgeblich in umfangreichen IT-Projekten münden wird, im Detail abzuschätzen. Außerdem weisen wir darauf hin, dass sich aktuell ein großes – von der ECA unterstütztes – Synergieprojekt bei uns in Umsetzung befindet, das voraussichtlich Mitte 2019 abgeschlossen wird und aktuell alle verfügbaren Ressourcen bindet. Zusätzliche Anforderungen vor diesem Zeitpunkt umzusetzen erscheint daher zum jetzigen Zeitpunkt als unmöglich.

1.2 INHALTLICHE ANMERKUNGEN

1.2.1 „Trennung von Fernleitungs- und Verteilergebiet“

An mehreren Stellen wird von einer aktuellen Trennung in zwei separate Systeme auf Fernleitungsebene und Verteilergebietsebene hingewiesen. Dies ist aus unserer Sicht nicht korrekt dargestellt. Die ex-ante-Bilanzierung umfasst durch die Einbeziehung der Endkundenfahrpläne das gesamte Marktgebiet Ost und nicht nur die Fernleitungsebene, womit von einer Trennung keine Rede sein kann. Außerdem erfolgt bereits jetzt die Netzpuffernutzung des Fernleitungsnetzes für alle Kunden im Verteilergebiet.

1.2.2 Übersicht der Vertragspartner für BGVs (Punkt 3.1.)

Grundsätzlich ist eine Vereinfachung der administrativen und vertraglichen Voraussetzungen für Bilanzgruppenverantwortlichen sehr zu begrüßen. Allerdings gehen damit – wie im Konsultationspapier dargestellt – nicht für alle Marktteilnehmer gleichermaßen Vereinfachungen einher. Die nur mehr optional erforderliche Teilnahme an der Börse, jedoch verpflichtende vertragliche Beziehung zur (einheitlichen) Bilanzierungsstelle kann – je nach Ausprägung des neuen Modells – für Marktteilnehmer, die sich jetzt ausschließlich als „FL-BGV“ registriert haben, zu höheren Anforderungen führen als bisher. Hier sollte sichergestellt bleiben, dass die unterschiedlichen Registrierungsformen mit ihren unterschiedlichen Anforderungen auch im neuen System erhalten bleiben, um nicht einen derartigen Mehraufwand zu generieren und damit die Vorteile des neuen Systems zu unterlaufen. Es sollte in diesem Fall angedacht werden, eine ähnliche Regelung wie in anderen europäischen Märkten (zB im tschechischen Marktmodell) zu implementieren, die einen **vereinfachten Marktzugang für Kunden ermöglichen, die ausschließlich die Fernleitung bzw. den VHP nützen.**

1.2.3 Abbildung einer die Fernleitungs- und Verteilernetzebene umfassenden, integrierten Bilanzzone mit einer zentralen Bilanzierungsstelle (Punkt 3.2.)

Aus unserer Sicht ist der gänzliche Entfall des Endkundenfahrplans und Verwendung von vorläufigen Allokationsdaten anstelle dessen nur dann möglich, wenn die **Datenqualität und Datenbereitstellung rechtzeitig funktioniert.** Dies muss jedenfalls gewährleistet sein und die diesbezügliche Hauptverantwortung trägt der Verteilernetzbetreiber. Die jeweilige Bilanzierungsstelle, die die Imbalance-Nachrichten erstellen und versenden muss, wird umfassende Regelungen benötigen, was zu passieren hat, wenn einzelne Daten nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen (IT-Ausfälle, Ersatzwertermittlung, etc.). Wir sehen zudem das Risiko, dass diese Neuerung dazu führt, dass der **Bilanzgruppenverantwortliche** mit den neuen Instrumenten (kein Prognoserisiko, Ausmaß des Toleranzbandes und neue „Einkürzungslogik“, die so nicht funktioniert, vgl. Punkt 1.2.7) **keine großen Anreize mehr hat, seine Bilanzgruppen ausgeglichen zu halten und sämtlicher Abwicklungsaufwand auf die Systemoperatoren über-**

tragen wird. Diese dem Bilanzgruppenverantwortlichen vom Networkcode Balancing übertragene Aufgabe zur Ausgeglichenheit wird damit „verwässert“ und der Anreiz zur ausgeglichenen Nominierung steigt nur dann, je schmaler das Toleranzband ist.

Die Erweiterung der „Tagesbilanzierer“ von anfänglichen 10.000 kWh/h auf **300.000 kWh/h** ist aus Sicht der betroffenen Kundengruppen zwar vermutlich wünschenswert, aus Sicht der Systemoperatoren **mit Risiken behaftet**, die mit den vorliegenden Informationen nicht abschätzbar sind. Die **Ausgleichsleistung**, die von allen Systemoperatoren zu erbringen wäre, wird im Wesentlichen aus der **Nutzung der Pufferfähigkeit der Netze und aus (physikalischen) Ausgleichsenergieabrufen** bestehen. Wir halten eine Verdreifachung der Grenze für ein Risiko und würden eine **etappenweise Erhöhung empfehlen**, um die jeweils pro Etappe gesammelten Erfahrungen im Rahmen von Systemevaluierungen zu beurteilen und erst dann weiter zu forcieren. **Erwartete höhere dafür anfallende Kosten für Systemoperatoren sind dabei jedenfalls in den entsprechenden Tarifen abzubilden.**

Abschließend möchten wir an dieser Stelle noch anmerken, dass im Konsultationspapier selbst bereits davon ausgegangen wird, dass Ausgleichsmengen für Bilanzungleichgewichte nicht in ausreichender Menge beschafft werden können und auf **Einschränkungsmechanismen** verwiesen wird. Nachdem letztere mit dem Konsultationsvorschlag auf **Entfall der Endkundenfahrpläne auf der vorliegenden Basis nicht funktionieren**, halten wir diese Erhöhung der Grenzen für wirklich kritisch. Einschränkungsmechanismen waren in der Vergangenheit und sollten grundsätzlich immer als „last line of defense“ für Ausnahmefälle vorgesehen werden. Diese sollten **nicht als Werkzeug zur Abwicklung des operativen Tagesgeschäftes** werden. Ein gänzlicher Verzicht auf untertägige Verpflichtungen, wie in Frage K zur Diskussion gestellt, ist jedenfalls abzulehnen.

1.2.4 Abbildung eines Tagesbilanzierungssystems mit zentralem physikalischen Ausgleich und vollständiger, täglicher Abrechnung der Bilanzgruppen (Punkt 3.3.)

Im Konsultationspapier wird darauf verwiesen, dass „*der je nach Transportsituation verfügbare Netzpuffer...*“ zur Vermeidung von AE-Maßnahmen herangezogen wird, womit feststeht, dass es **zukünftig vermehrt zur Netzpuffernutzung** kommt. In diesem Fall ist es aus unserer Sicht extrem wichtig, dass der Fernleitungsnetzbetreiber **nur so viel Netzpuffer zur Verfügung stellen kann, wie er selbst nicht benötigt und diese Netzpufferbeschaffung in der ausschließlichen Verantwortung des Fernleitungsnetzbetreibers bleiben muss**, um seinen Aufgaben (zB Sicherstellung der Transportfähigkeit des Systems) nachkommen zu können.

1.2.5 Mechanismus zur Einschränkung von nicht marktbasierter beherrschbaren Bilanzgruppen-Unausgeglichenheiten (Punkt 3.10.)

Der angeführte Kürzungsmechanismus auf der Basis von Werten, die in der Vergangenheit liegen (Messwerte!), können keinesfalls für Kürzungen in der Zukunft herangezogen werden, da es sich dabei nicht um eine seriöse Vorgehensweise handelt. Es können aus den Vergangenheitswerten maximal Trends abgeleitet werden. Eine Treffsicherheit für Bilanzgruppenkürzungen aufgrund von Zukunftstrends ist unwahrscheinlich und keinesfalls verursachungsgerecht oder mit sonstigen Prinzipien der geltenden Regeln in Einklang zu bringen. Wir plädieren insbesondere aus diesem Grund auf der Beibehaltung der Endkundenfahrpläne, da sie die einzige gesicherte Information darüber darstellen, was ein Bilanzgruppenverantwortlicher in der Zukunft für sein Portfolio plant. Aus unserer Sicht ist eine effektive und verursachungsgerechte Marktgebietskürzung ohne Endkundenfahrpläne nicht möglich.

1.2.6 Transparente Netzbilanzierung (Punkt 3.11.)

Hierzu merken wir an, dass es keine Notwendigkeit zur Änderung der Methode zur Brennwertermittlung im Fernleitungsnetz gibt, weil es sich dabei um die bewährte Methode mit gemessenen Werten handelt. Die im Konsultationspapier angeführten 3 Punkte müssten daher wie folgt umformuliert und verstanden werden:

- Ist-Brennwert je Ein- und Ausspeisepunkt des VERTEILERgebietes (exkl. Endverbraucher)
- Ist-Brennwert je Netzkopplungspunkt zwischen VERTEILERnetzbetreibern
- Mengengewichteter Ist-Brennwert für alle Ausspeisepunkte zu Endverbrauchern eines VERTEILERnetzbetreibers (*Anmerkung: es gibt keine am FL-Netz angeschlossenen Endverbraucher, aber so wäre es konsequent!*)

2 FRAGENBEANTWORTUNG

2.1 KAPITEL 3.2.

2.1.1 A. Ist die Zentralisierung der Bilanzierungsverantwortung aus Ihrer Sicht eine gewünschte Erleichterung?

Eine Zentralisierung ist grundsätzlich zu begrüßen, allerdings ist auch bei der Ausgestaltung der Details diese Vereinfachung immer als Maßstab heranzuziehen (vgl. Beispiel oben bzgl. BGV mit reiner FL-Registrierung).

2.1.2 B: Wird der Entfall potentiell gegenläufiger Risiken der AE-Abrechnungen (ex-ante und ex-post) als vorteilhaft gesehen?

2.1.3 C: Ist die aktuelle Qualität der eingesetzten Standardlastprofile aus Ihrer Sicht zufriedenstellend?

2.2 KAPITEL 3.4.

2.2.1 D: Ist die zusätzliche Datenbereitstellung aus Ihrer Sicht sinnvoll und effizient?

Erst durch diese Datenbereitstellung wird das Bilanzierungssystem mit den vorgeschlagenen Änderungen möglich. Sollte es daher – aus welchen Gründen auch immer – nicht zu dieser oder zu einer anderen Datenbereitstellung kommen, wären die Änderungsvorschläge neu zu evaluieren.

2.2.2 E: Welche der untertägig bereitgestellten Daten haben aus Ihrer Sicht besondere Bedeutung für den untertägigen Ausgleich von Bilanzgruppen?

2.2.3 F: Wird die vereinfachte Berechnung der vorläufigen Allokationen für tagesbilanzierte LPZ ohne stündliche Datenübertragung als sinnvoller Beitrag für die Ermittlung der vorläufigen Tagesunausgeglichheiten angesehen?

2.2.4 G: Soll die Bereitstellung von berechneten vorläufigen Allokationen für tagesbilanzierte LPZ ohne stündliche Datenübertragung stündlich erfolgen oder wie bei SLP-Verbrauchsprognosen dreimal täglich?

2.3 KAPITEL 3.5.

2.3.1 H: Wird die Einführung einer Helper/Causer-Regelung und der damit verbundene Entfall der „kleinen Anpassung“ als sinnvolle Anreiz-Maßnahme für eine ausgeglichene bzw. systemdienliche Bewirtschaftung von Bilanzgruppen angesehen?

Jeder Anreiz, der dazu beiträgt, die Bilanzgruppenverantwortlichen dazu zu bewegen, „Systemschwächen“ nicht bewusst für sich nutzbar zu machen, wird begrüßt, weil es dem System und dessen Stabilität hilft.

2.4 KAPITEL 3.6.

2.4.1 I: Sind angesichts des neuen Modells zu untertägigen Verpflichtungen die deutlich erhöhten Grenzen für die Erfassung der untertägigen Struktur (vertraglich vereinbarte Höchstleistung von mehr als 300.000 kWh/h) aus Ihrer Sicht angemessen?

Hier haben wir unsere Bedenken bereits oben ausgeführt. Wir empfehlen eine etappenweise Erhöhung der Grenze in mehreren Stufen. Die Auswirkungen dieser massiven Erhöhung aufgrund von Erwartungen und Annahmen zum jetzigen Zeitpunkt abzuschätzen, halten wir im Zusammenhang mit der Netzstabilität ohne weitere Maßnahmen für risikobehaftet.

2.4.2 J: Soll die Toleranzgrenze ex-ante (als Prozentsatz) für einen längeren Zeitraum vorgegeben werden oder ex-post auf Basis der täglichen tatsächlichen Linepacknutzung ermittelt werden?

Hinsichtlich der Art und Weise der Bestimmung einer Toleranzgrenze im Vor- oder im Nachhinein haben wir keine Präferenz. Als Fernleitungsunternehmen sprechen wir uns allerdings für eine möglichst kleine Toleranzgrenze aus, damit der Anreiz für Bilanzgruppenverantwortliche möglichst hoch ist, sich an diese Grenze zu halten, weil eine geringere Linepacknutzung insgesamt zur Systemstabilität beiträgt.

2.4.3 K: Soll auf untertägige Verpflichtungen insgesamt verzichtet werden, mit der Konsequenz, dass allfällige Kosten der Bilanzierungsstelle zur untertägigen Strukturierung in der Bilanzierungsumlage gedeckt werden müssen bzw. es allenfalls zu einer potentiell häufigeren Anwendung des Mechanismus zur Einschränkung von Bilanzgruppen-Unausgeglichenheiten (siehe Kapitel 3.10) kommt?

Auf der Basis des aktuellen Konsultationspapiers ist mit einer wesentlich höheren Linepacknutzung zu rechnen, gleichzeitig fehlt aber ein wirksamer Mechanismus zur verursachungsgerechten Einkürzung aufgrund des Entfalls der Endkundenfahrpläne. Eine notwendige Wiederherstellung der Netzstabilität könnte nur durch pro-rata-Kürzungen an Ein-/Ausspeisepunkten ohne Rücksichtnahme auf den verursachenden BGV erfolgen.

2.5 KAPITEL 3.7.

2.5.1 L: Ist die tägliche Ermittlung der Bilanzierungsumlage aus Ihrer Sicht sinnvoll und wünschenswert?

2.5.2 M: Bis zu welcher Höhe (in ct/kWh) wird eine ex-post ermittelte (und damit ex-ante unbekannte) Bilanzierungsumlage als akzeptabel angesehen?

2.5.3 N: Wird die verursachungsgerechte, tagesscharfe Ermittlung der Bilanzierungsumlage gegenüber einer langfristig festgelegten Bilanzierungsumlage (mit entsprechenden zeitversetzten Korrektoreffekten) als vorteilhaft gesehen?

2.6 KAPITEL 3.8.

2.6.1 O: Wäre die zeitnahe finanzielle Abrechnung von Tagesungleichgewichten über eine z.B. weitgehend automatisierte finanzielle Clearingstelle (z.B. Börse-Clearingstelle) aus Ihrer Sicht effizient und sinnvoll?
